



ÖFFENTLICHE BESCHLUSSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

30 Rechtsamt

Beteiligt:

01 Stadtkanzlei

Betreff:

Einwohnerantrag gem. § 25 GO NRW zur Zukunft der Fachklinik Deerth
hier: Feststellung der Zulässigkeit des Antrags

Beratungsfolge:

06.07.2017 Rat der Stadt Hagen

Beschlussfassung:

Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt fest, dass der Einwohnerantrag zur „Zukunft Deerth“ vom 18. Mai 2017 zulässig ist.



Kurzfassung

In der Ratssitzung am 18. Mai 2017 wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Hagen der Einwohnerantrag zur „Zukunft Deerth“ nebst den zugehörigen Unterschriftslisten der Personen überreicht, welche diesen Einwohnerantrag unterstützen. Bevor der Rat der Stadt inhaltlich über diesen Antrag entscheidet, ist vom Rat gem. § 25 Abs. 7 Satz 1 GO NRW unverzüglich festzustellen, ob der Einwohnerantrag zulässig ist. Bei der Entscheidung des Rates über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags handelt es sich nicht um eine politische Zweckmäßigkeitsentscheidung, sondern um eine reine Rechtmäßigkeitskontrolle ohne Ermessens- und Beurteilungsspielraum.

Begründung

Am 18. Mai 2017 haben Herr Dr. Jörg Liese, Frau Dr. Anne Figge-Schoetzau und Herr Andreas Darda als Vertretungsberechtigte des Einwohnerantrags zur „Zukunft Deerth“ dem Oberbürgermeister einen Einwohnerantrag im Sinne des § 25 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) übergeben (Anlage 1). Diesem Antrag waren die nach § 25 Abs. 4 GO NRW vorgeschriebenen Unterschriftslisten beigelegt (Muster ohne persönliche Daten – Anlage 2). Die Vertretungsberechtigten gaben eine ermittelte Zahl von 11.500 Unterschriften an.

Auf den Formularbögen zur Sammlung von Unterschriften ist folgender Antrag formuliert:

„In den Wald darf keine Haftanstalt! Der Rat weist den Antrag der AWO auf eine geschlossene Maßregelvollzugsanstalt im Hagener Stadtwald zurück und empfiehlt, diese an einem alternativen Standort zu errichten.“

Die Überprüfung des Einwohnerantrags hat ergeben, dass dieser formell zulässig ist.

Nach § 25 Abs. 1 GO NRW können Einwohnerinnen und Einwohner, die seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnen und das 14. Lebensjahr vollendet haben, beantragen, dass der Rat über eine bestimmte Angelegenheit, für die er gesetzlich zuständig ist, berät und entscheidet.

Gemäß § 25 Abs. 7 GO NRW hat der Rat unverzüglich festzustellen, ob der Einwohnerantrag zulässig ist.

Bei dieser förmlichen Feststellungsentscheidung hat der Rat weder einen Beurteilungs- noch einen Ermessensspielraum; er hat ausschließlich nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Einwohnerantrags zu befinden.

Der vorliegende Einwohnerantrag ist nach diesen Maßstäben zulässig.

Das Begehren der Einwohnerinnen und Einwohner richtet sich darauf, dass der Rat den Antrag der AWO auf eine geschlossene Maßregelvollzugsanstalt im Hagener



Stadtwald zurückweist und empfiehlt, diese an einem alternativen Standort zu errichten.

Nach § 25 Abs. 4 GO muss auf jeder Liste der volle Wortlaut des Antrages abgedruckt sein. Die Eintragungen müssen die Person des Unterzeichners/der Unterzeichnerin nach Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift zweifelsfrei erkennen lassen. Die Überprüfung der Unterschriften hat ergeben, dass das erforderliche Quorum von 4 % der Einwohner, höchstens jedoch 8.000 gültigen Unterschriften erreicht bzw. sogar deutlich überschritten wurde. Die Prüfung von 10.489 Unterschriften ergab bereits 8.739 gültige Unterstützungsunterschriften

Sowohl das Begehren als auch die Begründung begegnen bei näherer Betrachtung keinen rechtlichen Bedenken.

- (1) Das Begehren muss – anders als beim Bürgerbegehren/Bürgerentscheid – keinen Beschlussvorschlag mit einer mit ‚ja‘ oder ‚nein‘ zu beantwortenden Frage enthalten. Hier ist das Begehren der Antragsteller dahingehend zu verstehen bzw. auszulegen, dass der Rat aufgefordert wird, das mit dem Aufstellungsbeschluss des Rates vom 26.02.2015 eingeleitete Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 8/14 (662) – Erweiterung Fachklinik Deerth – sowie das parallel eingeleitete FNP-Teiländerungsverfahren nicht weiter fortzuführen bzw. einzustellen. Gleichzeitig soll der Rat der AWO empfehlen, das Vorhaben an einem alternativen Standort zu errichten.

Die Regelung des § 26 Abs. 5 Nr. 5 GO NRW, wonach ein Bürgerbegehren unzulässig ist über „*die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen mit Ausnahme der Entscheidung über die Einleitung des Bauleitplanverfahrens*“ kommt im vorliegenden Fall nicht zur Anwendung, da diese (Sonder-) Regelung nicht den Einwohnerantrag nach § 25 GO NRW, sondern nur das Bürgerbegehren nach § 26 GO NRW betrifft.

In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, dass der Einwohnerantrag nach § 25 GO NRW keine Bindungswirkung hat wie das Bürgerbegehren, sondern „nur“ eine bestimmte Aufforderung an den Rat enthält. Es steht letztendlich im Ermessen und in der Entscheidungsmacht des Rates, ob und ggf. in welchem Umfang er dem Einwohnerantrag letztendlich folgt. Grundsätzlich anders verhält es sich bei dem Bürgerbegehren nach § 26 GO NRW, bei dem die Entscheidung der Bürger an die Stelle der Entscheidung des Rates tritt.

- (2) Nach § 25 Abs. S. 2 GO NRW muss der Einwohnerantrag zudem eine Begründung enthalten. Besondere Anforderungen an die Begründung stellt das Gesetz nicht. Aus der schriftlichen Begründung muss sich nur ergeben, warum sich der Rat mit der Angelegenheit befassen und in dem von den Antragstellern gewünschten Sinn beschließen soll. Der Wortlaut der Begründung in dem Einwohnerantrag vom 18.05.2017 wird diesen Anforderungen zweifelsfrei gerecht.



Nach alledem ist daher von der formellen Zulässigkeit des Einwohnerantrags auszugehen.

Die inhaltliche Befassung des Rates mit dem Einwohnerantrag wird zurückgestellt bis zur nächsten Ratssitzung am 31.08.2017, da insoweit noch interner Abstimmungsbedarf sowohl auf Seiten der Verwaltung als auch auf Seiten der Fraktionen besteht. Die 4-Monatsfrist nach § 25 Abs. 7 Satz 2 GO NRW wird hierdurch in jedem Fall gewahrt.

Finanzielle Auswirkungen

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

☒

Es entstehen keine finanziellen und personellen Auswirkungen

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Thomas Huyeng
Beigeordneter



Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r

Amt/Eigenbetrieb:

30

01

Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

30

Anzahl:

1

Erweiterung der Drogenklinik: Was s

Die WESTFALENPOST macht den Faktencheck: Die AWO, die Bürgerinitiative und die Stadt

Hagen. Die von der AWO geplante Erweiterung der Drogenklinik im Deerth hat in der Hagener Stadtgesellschaft kontroverse Diskussionen ausgelöst. Die Stadtreaktion Hagen möchte mit Hilfe eines Faktenchecks versuchen, die hochkochende Diskussion wieder ein wenig einzufangen und zu erden. Anhand von 17 Thesen, die rund um das Thema immer wieder auftauchen, machen die AWO als Investor, die Kritiker der Bürgerinitiative, aber auch die Stadt Hagen ihre Standpunkte deutlich:

1. Bei der Klinikenerweiterung im Deerth handelt es sich um einen Gefängnis-Neubau, mit dem zusätzliche Straftäter nach Hagen kommen.

Das sagt die AWO: Bei der Erweiterung handelt es sich um eine Entziehungsanstalt und nicht um ein Gefängnis. Konkret soll der bereits jetzt offene Maßregelvollzug um einen zusätzlich geschlossenen Bereich erweitert werden. Durch diese Erweiterung werden zwar insgesamt mehr Patienten in Hagen behandelt, aber nicht entlassen. Die Behandlungsvorstufe für die bisherige Klinik Deerth erfolgt dann lediglich in der neuen Klinik und nicht mehr in anderen forensischen Psychiatrien des Landes NRW. Für die Bürger in Hagen wird sich nichts im Vergleich zum derzeitigen Zustand verändern.

Das sagt die Bürgerinitiative: Am Deerth befindet sich seit ca. zehn Jahren eine Maßregelvollzugsanstalt für drogenabhängige Straftäter mit offener Therapie. Geplant ist zusätzlich eine hoch gesicherte vor gelagerte Anstalt gleicher Kapazität, die von den Insassen nicht verlassen werden darf. Somit kommen faktisch mehr Straftäter nach Hagen.

2. Trotz der Sicherungsmaßnahmen rund um die Anlage besteht ein latentes Fluchtrisiko und damit eine Gefährdung der Bevölkerung.

Das sagt die AWO: Die Sicherheitsvorschriften für den Maßregelvollzug des Landes NRW werden voll und ganz eingehalten. Die technische Innenkonstruktion der Gebäude und der Sicherungszaun gelten bei sämtlichen Experten als unüberwindbar. Überdies werden in der Klinik ausschließlich Suchtpatienten behandelt. Sexualstraftäter und ähnlich schwere Deliktgruppen finden sich dort nicht. **Das sagt die Bürgerinitiative:** Heute

wird am Deerth offene Therapie betrieben. Hier gehören sogenannte „Entweichungen“ schon jetzt zum Alltag. Es ist nicht zu vermuten, dass durch die geschlossene Einrichtung das Risiko wesentlich erhöht wird, da hier solche Lockerungen noch keine Rolle spielen.

3. Ein Großteil der Patienten wird selbst nach erfolgreicher Therapie wieder straffällig – vorzugsweise in Hagen.

Das sagt die AWO: Der weit überwiegende Teil der Patienten wird nach erfolgreicher Therapie nicht erneut straffällig, sondern geht einem geregelten Leben nach. Bei einigen erfolgt jedoch eine krankheitsbedingte Substanzmittelrückfälligkeit, in deren Kontext auch erneute Straftaten begangen werden können. Letztlich zieht der mit Abstand größte Teil der entlassenen Patienten wieder aus Hagen weg.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die AWO ist stolz auf überdurchschnittliche Erfolge in ihrer offenen Therapie. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich durch die geplante geschlossene Einrichtung an der künftigen Verbleibensquote in Hagen irgendetwas ändert. Statistiken der Polizei weisen jedoch auf eine erhöhte Rückfallquote im Suchtbereich hin.

4. Die Sicherungsmaßnahmen an dem Objekt sind unzureichend, weil das Wachpersonal nicht einmal bewaffnet ist.

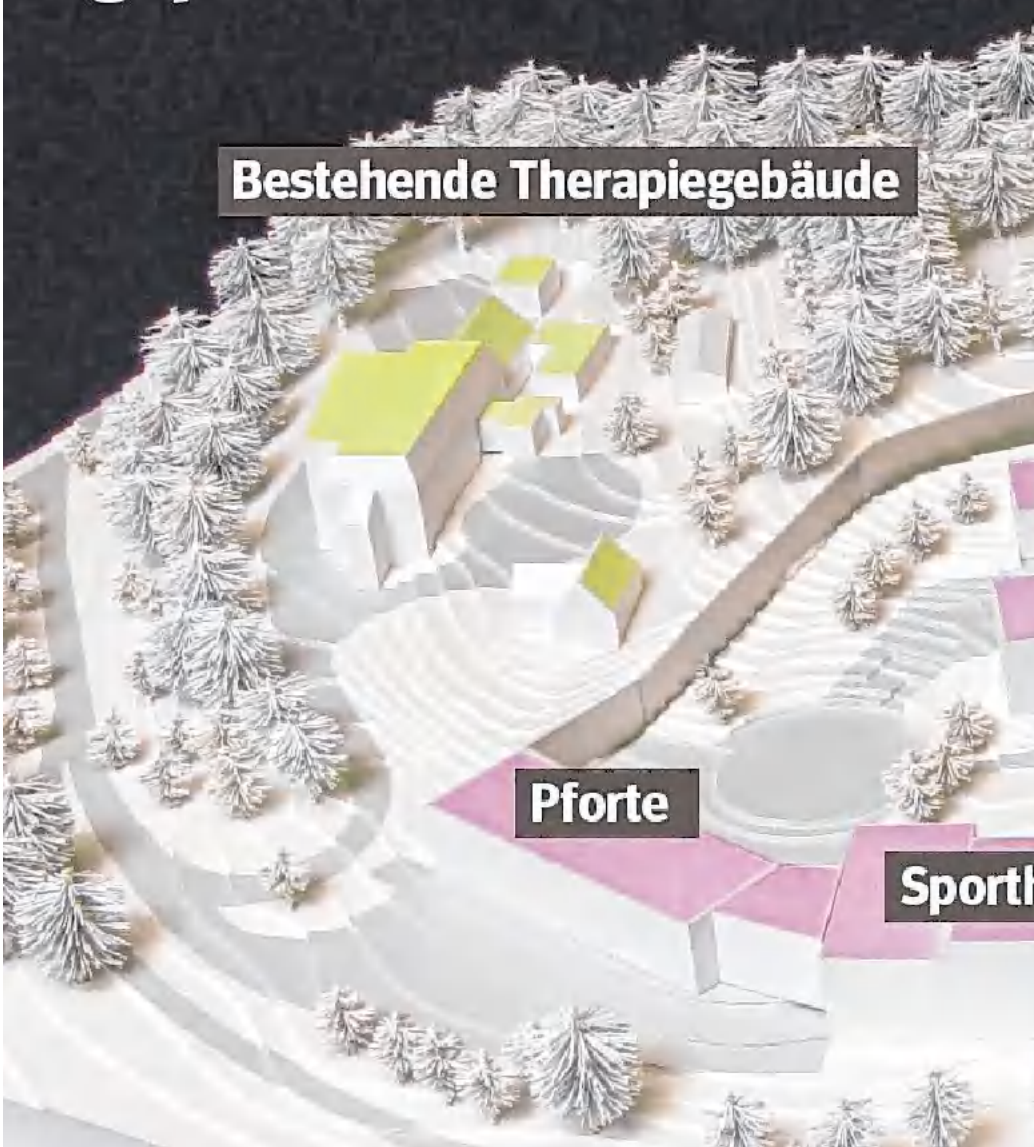
Das sagt die AWO: Es handelt sich hier um keinen einfachen Maschendraht, sondern um eine detektierte, massive Gewebestruktur aus Metall, die zusätzlich mit Sensoren gesichert ist. So wird bei Berührung ein interner Alarm ausgelöst und der Zaun per Videoüberwachung gescannt. Sollte dann ein echter Ausbruchversuch registriert werden, würde eine geschulte interne Sicherheitsgruppe eingreifen. Zur Sicherung von psychiatrischen Patienten werden in Deutschland grundsätzlich keine Schusswaffen eingesetzt.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die Verantwortung für die Sicherung liegt beim Betreiber. Das Konzept ist von der Aufsichtsbehörde vorab zu genehmigen.

5. Der Verkehr auf der Palmkestraße wird durch die Erweiterung des Maßregelvollzuges dramatisch zunehmen.

Das sagt die AWO: Die Verkehrszunahme wird sich in einem verträgli-

Lageplan Fachklinik im Deerth



In den Augen der AWO fügt sich die Erweiterung der Drogenklinik im Deerth durchaus verträglich in den bestehenden Gebäude im Deerth genau geplant ist.

chen Rahmen bewegen. Die Mitarbeiter arbeiten im Schichtbetrieb und können so in Fahrgemeinschaften zu ihrem Arbeitsplatz fahren. Konkret ist davon auszugehen, dass pro Tag mit nicht mehr als drei bis fünf zusätzlichen Besucherfahrzeugen zu rechnen ist. Im Bereich der Patiententransporte werden die Verkehrsbewegungen mit dem Bau der neuen Einrichtung sogar deutlich abnehmen.

Das sagt die Stadt Hagen: Der Verkehr wird auf der Palmkestraße zunehmen, jedoch in einem Maße, das durchaus verträglich ist. Über den Tag verteilt kann von ca. 160 Fahrzeugen Mehrbelastung ausgegangen werden. Das entspricht ca. 13 Fahrzeugen pro Stunde.

Das sagt die Bürgerinitiative: Das „dramatisch“ gilt mit Sicherheit für die Bauzeit. Ob während des Betriebs

ine Zunahme zu erwarten ist, hat üblicherweise der Antragsteller durch ein entsprechendes Gutachten im Bebauungsplan-Plan-Verfahren zu widerlegen.

6. Durch die Baustellenverkehre wird die ohnehin marode Palmkestraße endgültig zerstört.

Das sagt die AWO: Für etwaige Schäden, die von der Stadt im Rahmen der Baumaßnahme festgestellt werden, kommt die AWO auf.

Das sagt die Stadt Hagen: Die Palmkestraße wurde in den vergangenen Jahren im Rahmen mehrerer Unterhaltungsmaßnahmen in einem Verkehrssicheren Zustand gehalten. Baustellenverkehre sind der üblichen Nutzung der Palmkestraße zuzuordnen und bedingen keine außergewöhnliche Abnutzung.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die Palmkestraße ist nicht marode, sondern der dazugehörige Fuß- und Radweg,vielmehr ist aber die sich zur Klinik hin anschließende Deerthstraße schon jetzt in einem sehr schlechtem Zustand.

7. Die Fahrstraße entlang der Wildgehege ist zu eng, um die zunehmenden Verkehre aufzunehmen.

Das sagt die AWO: Es handelt sich um eine öffentliche Straße, die von den verschiedenen Nutzergruppen (Anwohner, AWO-Mitarbeiter, Wanderer, Sportplatzbesucher, Eltern des Waldkindergartens etc.) befahren wird.

Das sagt die Stadt Hagen: Tatsächlich wird die Straße aktuell schon von Kfz befahren: Besucher der Wildgehege, Anwohner oberhalb der Klinik Deerth, die Mitarbeiter und Eltern der Kinder des Waldkindergartens, die Mitarbeiter der AWO, das Forstamt und andere nutzen die Straße mit ihren Autos. Da der Verkehr durch

den Bau der Erweiterung nicht erheblich zunimmt, dert sich an der aktuellen Situation nahezu nichts. **Das sagt die Bürgerinitiative:** Die Wildgehege werden Familien mit Kindern werden schon heute den Verkehr zum

8. Bei dem Neubau soll ein neues Tonklotz, der die schandelt.

Das sagt die AWO: Die Gebäude werden sich architektonisch gut in das Landschaftsbild einfügen (begrenzte Bauhöhen, schosse), die Integrierung stehende Hanggelände, grünte und eine dergestaltung, welches Gesamtbild. **Das sagt die Bürgerinitiative:** Die Gebäude können wir nicht in die genaue Planung von der Stadt ist aber für uns grundlang, weil wir im Wald haben wollen, eine architektonisch wo ne aufgeschlossen in Wälder keine Ncher Art.

9. Große Fläche Baumbestand n

Neubau gefällt **Das sagt die AWO:** Die Fläche besteht ber größten Teil aus Baumbestand. T noch zusätzliche schnitten werden wird die AWO an satzbepflanzungen rem Umfang vorne **Das sagt die Stadt** des Bebauungspla



PRO

„Für die Bürger in Hagen wird sich nichts im Vergleich zum derzeitigen Zustand verändern.“

Birgit Buchholz von der AWO



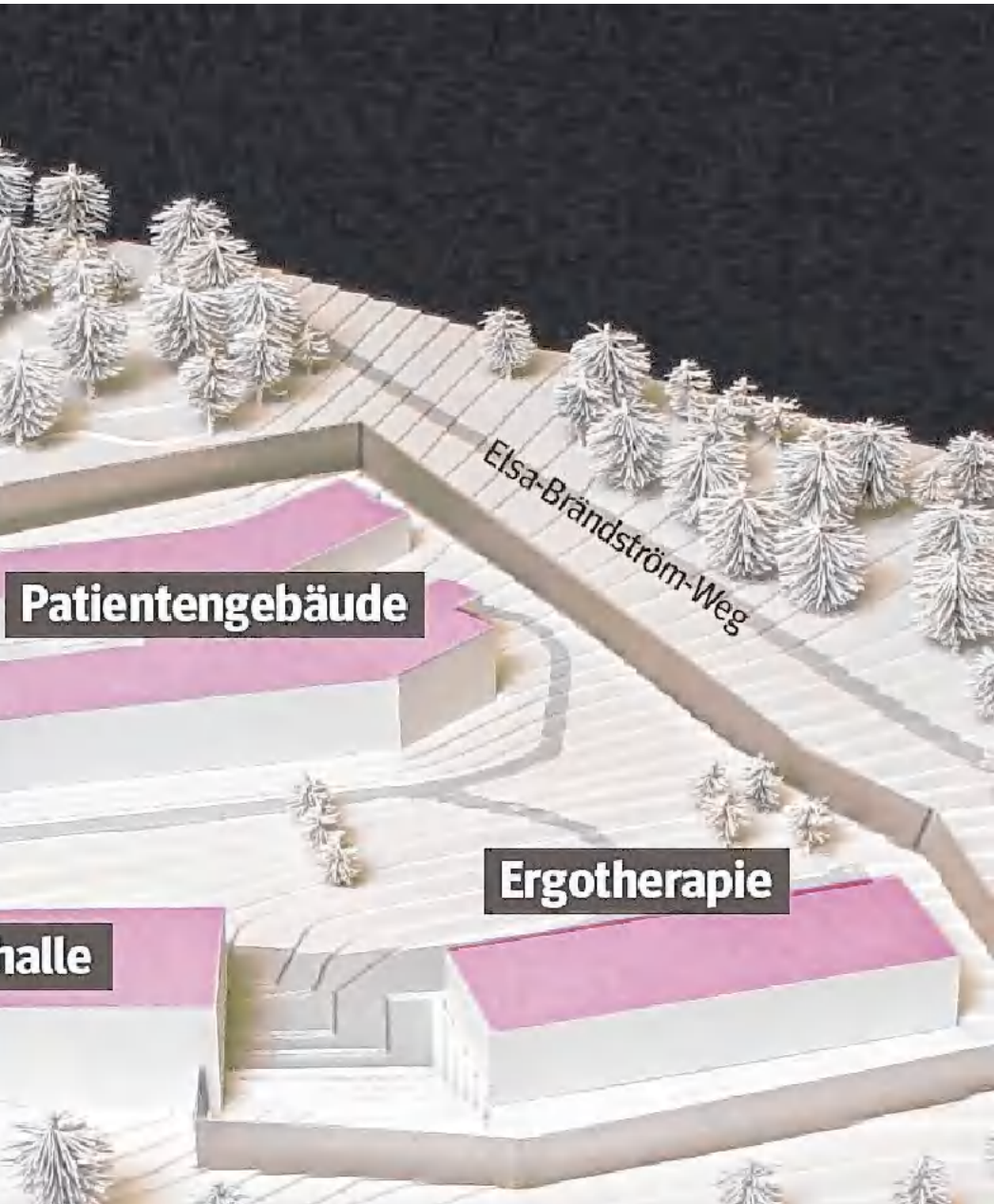
Die Bürgerinitiative übergab dem Rat die Unterschriftenliste mit 8500 Unterschriften aus der Bevölkerung gegen den Erweiterungs- bau: Jörg Liese, Antje Selzer, Anne Figge-Schoetzau, OB Erik O. Schulz und Andreas Darda (von links)

FOTO: MICHAEL KLEINRENSING

um AWO-Vorhaben im Deerth

Sind Fakten, was sind Bauchgefühle?

Hagen geben Antworten auf 17 Thesen, die in der Stadtgesellschaft immer wieder hochkochen



Stadtwald ein. Die Gegner kritisieren die übermäßige Zerstörung der Natur. Die Grafik zeigt, was neben dem

GRAFIK: MANUELA NOSSUTTA

Eingangseinrichtung
nehmen wird, änk-
tuellen Wegesitua-
s.

Bürgerinitiative: Die
en vorzugsweise von
lern besucht. Diese
ute durch den star-
Deerth gefährdet. .

**Bau handelt es
ässlichen Be-
n Wald ver-**

Die neuen Gebäu-
architektonisch und
in das bestehende
einfügen. Die be-
(max. zwei Ge-
egration in das be-
ände, eine Dachbe-
e naturnahe Fassa-
werden ein anspre-
ld abgeben.

Bürgerinitiative: Das
beurteilen, da keine
brliegt. Diese These-
ndsätzlich ohne Be-
Wald keinen Neubau
al ob hässlich oder
wertvoll. Eine moder-
e Gesellschaft baut
neubauten egal wel-

**n mit altem
müssen für den
werden.**

Die zu bebauende
eits jetzt schon zum
einer Wiese ohne
trotzdem müssen
e Flächen freige-
t. Zum Ausgleich
e anderer Stelle Er-
n in deutlich größe-
nehmen.

Hagen: Im Rahmen
nverfahrens wurde

ein landschaftspflegerischer Fachbei-
trag erstellt. Die Untersuchung
kommt zu dem Ergebnis, dass der
Neubau etwa zur Hälfte die derzeit
schon von der Klinik genutzten Frei-
flächen und zur anderen Hälfte Wald
in Anspruch nimmt. Es sind keine al-
ten Waldbestände betroffen, wie be-
reits von den Wegen erkennbar ist.

Das sagt die Bürgerinitiative: Auf dem
Waldgrundstück und einer Schafswie-
se mitten im Wald sollen fünf zwei-
geschossige Gebäude mit Wirtschaftswegen
gebaut werden. Dafür erfolgen
auf einer Fläche von 16 000 Quadrat-
metern umfangreiche Bodenversiege-
lungen, obwohl innerhalb des Stadt-
gebietes etliche Brachflächen zur Ver-
fügung stehen.

**10. Zahlreiche schützenswerte
Vögel und andere Tierarten
sowie mehrere Biotop werden
zerstört.**

Das sagt die AWO: Das Umweltachten
liegt aktuell noch bei der Stadt Hagen
und wird zur Beratung in die zustän-
digen Gremien gegeben.

Das sagt die Stadt Hagen: Die in Auf-
trag gegebene Artenschutzvorprü-
fung hat ergeben, dass keine der so-
genannten „planungsrelevanten Arten“,
denen ein besonderer Schutzbedarf
zukommt, vom Neubauvorhaben be-
troffen sind. Besonders hochwertige
Biotop sind nicht betroffen, gleich-
wohl gehen unbestreitbar Lebensräu-
me verloren, die für kulturfolgende
Arten von Bedeutung sind.

Das sagt die Bürgerinitiative: An das
von der AWO für das Projekt gekaufte
Areal grenzen unmittelbar drei Biotop-
e, die über die jetzige Schafswiese
ökologisch miteinander vernetzt sind.
Es werden zwar die Biotop an sich
nicht zerstört, jedoch der Biotopver-
bund. Weiterhin sind im gesamten
Stadtwald, also auch im Bereich des
geplanten Neubaus, nach dem Gesetz

schützenswerte Tierarten nachgewie-
sen.

**11. Die AWO könnte die neue
Klinik auch an einem anderen
Standort in Hagen bauen.**

Das sagt die AWO: Es gibt im Wesentli-
chen vier Gründe warum die Ein-
gangseinrichtung nur direkt neben
der bereits bestehenden Klinik gebaut
werden kann. Dazu zählen die medi-
zinisch-therapeutischen Wirkfaktoren
der naturnahen Umgebung, die sich
ergebenden Synergieeffekte zwi-
schen der bestehenden und der neuen
Klinik, das Sicherungskonzept und die
Tatsache, dass die neue Klinik
wirtschaftlich, mit nur 42 Betten,
nicht eigenständig an einem anderen
Standort finanzierbar ist.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die
AWO hat dargelegt, dass ihr Vorha-
ben alternativlos sei – schwer nach-
vollziehbar, da heute schon drei
AWO-Kliniken zur Suchttherapie
über das Stadtgebiet verteilt sind.

**12. Falls „Deerth neu“ und
„Deerth alt“ nebeneinander
platziert sein müssen, könnten
auch beide Einrichtungen verlagert werden.**

Das sagt die AWO: Der Standort der
Klinik Deerth hat sich genau wegen
der naturnahen und eher abgeschie-
denen Lage als äußerst positiv für die
Behandlung von drogenabhängigen
Menschen bewährt. Die Einrichtung
in ein ehemaliges, vielleicht sogar
kontaminiertes Industriegebiet zu
verlegen, käme einem gravierenden
medizinischen Fehler gleich.

Das sagt die Bürgerinitiative: Offene
und geschlossene Therapie sind zwei
völlig verschiedene Ansätze. Bei der
einen ist der Wald sehr sinnvoll, bei
der anderen verlangen die vom Land
NRW festgesetzten Kriterien primär

die Erfüllung von Sicherheitsaspek-
ten.

**13. Es hat gar keine Prüfung
alternativer Standorte
stattgefunden, um den Eingriff
in die Natur zu vermeiden.**

Das sagt die AWO: Bereits mit Beginn
der ersten Planungsüberlegungen
wurde immer wieder deutlich, dass
detaillierte Einzelfallprüfungen alter-
nativer Standorte für den Bau der
Eingangseinrichtung keine Option
darstellen.

Das sagt die Stadt Hagen: In der früh-
zeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Anfang 2017 wurde kritisiert, dass
eine Alternativprüfung nicht durch-
geführt wurde. Alternativen Standor-
ten sind bei der Erweiterung einer be-
stehenden Anlage generell Grenzen
gesetzt, da die verschiedenen Funk-
tionen aufeinander aufbauen und
nicht an beliebigen Standorten reali-
siert werden können. Der Entwurf
des Landesentwicklungsplans (LEP)
sieht eine Nutzung von Flächen
außerhalb des Siedlungsraums als
Ausnahme vor, wenn dies aus zwin-
genden Gründen des öffentlichen In-
teresses notwendig ist.

**14. Der Verkauf der 25 000
Quadratmeter großen
Waldflächen wurde bewusst in
zwei Tranchen durchgezogen,
um den Deal an den Gremien
vorbeischleusen zu können.**

Das sagt die AWO: Es ist nicht richtig,
dass die beiden Grundstücke „vor-
sätzlich“ in zwei Teilen verkauft wur-
den, um etwaige Grenzen zu unter-
laufen. Richtig ist, dass das erste
Grundstück 2012 im Zusammen-
hang mit dem Umbau der bestehen-
den Klinik Deerth gekauft wurde, um
die Wegerechte der Klinik zu sichern.
Das entsprechende Grundstück um-
rundet die Klinik Deerth und grenzt
nur am Rande an das Grundstück, das
2014 erworben wurde.

Das sagt die Stadt Hagen: Zeitgleich
mit dem Umbau der Klinik Deerth
wurden an die AWO Grundstücke
veräußert, die das bisherige Klinikge-
lände im Westen, Süden und Osten ar-
rondieren. Innerhalb dieser Fläche
liegt auch die Zufahrt zur Klinik. Die
nördliche Fläche im zweiten Verkauf
steht im Zusammenhang mit der ge-
planten Klinikerweiterung.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die
AWO hatte ihre Absicht schon vor
den Käufen bekannt gegeben. Als Ver-
kaufgrundlage wurde der Waldpreis
zwischen 1,50 und 2,50 pro Quadrat-
meter zugrunde gelegt, eigentlich hät-
te der wesentlich höhere Preis für
Bauerwartungsland im Gewerbebe-
reich die Basis sein müssen.

15. Die AWO verfolgt mit der

Deerth wird seit 1920 für soziale Zwecke genutzt

■ Seit 1920 wird das Areal Deerth-
straße 6 für soziale Zwecke genutzt.
Errichtet hat die Anlage die **Hagener
Notgemeinschaft**. Im Jahr 1920 ent-
stand hier ein Kindererholungsheim
aus **gebrauchten Holzbaracken**.

■ 1925/26 wurde diese **behelfsmä-
ßige Einrichtung** durch einen Mas-
sivbau, der heute noch im Wesentli-
chen erhalten ist, ersetzt. Das
Kindergenesungsheim „Im Deerth“
hat **tuberkuloseverdächtige Kinder**
in mehrwöchigen Kuren betreut.

■ Das **Grundstück wurde von der**

**Erweiterung knallharte wirt-
schaftliche Interessen und ver-
sucht mit der Investition ledig-
lich ihre Bilanz zu vergolden.**

Das sagt die AWO: Die AWO ist ein
gemeinnützig handelnder Wohl-
fahrtsverband und ein sozialer
Dienstleister. Die AWO arbeitet aus-
drücklich nicht gewinnorientiert und
darf das als gemeinnütziger Verein
auch gar nicht. Darüber hinaus wer-
den durch eine Erweiterung über 50
neue und hochqualifizierte Arbeits-
plätze in Hagen geschaffen.

Das sagt die Bürgerinitiative: Es stellt
sich die ethische Frage, ob ein Betrieb
für sein eigenes besseres Betriebs-
ergebnis andere Werte, hier ökologi-
sche und gesamtwirtschaftliche/tou-
ristische Werte, zerstören darf.

**16. Alle Einrichtungen des Maß-
regelvollzuges in NRW sind
überbelegt und auch in Hagen
steht diese Überbelegung zu
befürchten.**

Das sagt die AWO: Nein. Die AWO be-
absichtigt mit dem Bau der Eingangs-
einrichtung lediglich die bereits be-
stehende Behandlungskette sinnvoll
zu schließen. Auch in den bestehen-
den Maßregelvollzugeinrichtungen
der AWO ist es nie zu Überbelegun-
gen gekommen. Man kann Menschen
ja nicht stapeln.

Das sagt die Bürgerinitiative: Die
Überbelegung ist ein Fakt. Gleichzei-
tig der Grund, warum das Gesund-
heitsministerium NRW, fünf so-
genannten Gerichtsbezirken den Bau
neuer Einrichtungen verordnet hat,
um eine landesweit gerechte Verteilung
der Lasten für die Zukunft sicher
zu stellen – derzeit noch nicht in Ha-
gen.

**17. Die AWO Hagen hat das Ziel,
einem eigenen Landge-
richtsbezirk zugeteilt zu wer-
den. Das Ziel wird sein, sich der
Personenzahl von 150 zu
nähern.**

Das sagt die AWO: Aktuell bekommt
die AWO die Patienten durch die
Landschaftsverbände zugewiesen.
Durch den Bau einer geschlossenen
Eingangseinrichtung, würden die Pa-
tienten nicht mehr durch die Land-
schaftsverbände zugewiesen, sondern
direkt durch einen festgelegten Land-
gerichtsbezirk. Mit Personenzahlen
hat dies überhaupt nichts zu tun.

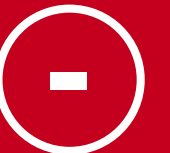
Das sagt die Bürgerinitiative: Es
stimmt, dass die Normgröße für ge-
schlossene Maßregelvollzugsanstal-
ten 150 Plätze umfasst. Leider ist der
Bereich der Suchttherapien ein
Wachstumsmarkt. Sollte ein Ausbau
über die geplanten ca. 40 Plätze er-
folgen müssen, wird wegen der Synergie-
effekte dann tatsächlich nur der
Deerth infrage kommen.



KONTRA

„Sicher ist,
dass ein neuer
Gebäudekomplex
in einem
Erholungsgebiet
nichts zu
suchen
hat.“

Jörg Liese
von der Bürgerinitiative



Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung

Die Unterzeichnenden beantragen, dass folgende Angelegenheit als Einwohnerantrag vom Rat der Stadt beraten und beschlossen wird:

In den Wald darf keine Haftanstalt!

Der Rat der Stadt weist den Antrag der AWO auf eine geschlossene Maßregelvollzugsanstalt im Hagener Stadtwald zurück und empfiehlt, diese an einem alternativen Standort zu errichten.

Begründung:

Die AWO verweist im Zuge ihres Antrags auf den bisherigen Therapieerfolg in der Deerth - Klinik. Hierfür sei insbesondere die Lage ein entscheidender Faktor, da sich die Patienten im Rahmen ihrer Therapie im umgebenden Wald frei bewegen könnten. Soweit, so gut. Nun soll aber auch die Eingangsstufe, in welcher drogensüchtige Straftäter zur klinischen Behandlung und zum Schutz der Bevölkerung eingesperrt sind, an gleicher Stelle errichtet werden – im Grunde also nichts anderes als ein Gefängnis! Dafür soll eine Fläche von 16.000 qm Landschaftsschutzgebiet mitten im Wald und neben dem Drei -Türme - Weg, dem einzigen Premium-Wanderweg in NRW im Bereich des Ruhrgebiets, mit den erforderlichen Gebäuden und Sicherheitseinrichtungen zugebaut werden. Die Argumentation für diese Planung ist allemal nicht nachvollziehbar, denn die vorgeblichen Patienten sind Häftlinge. Da kann das Argument, dass die Insassen sich im Wald frei bewegen können für einen besseren Therapieerfolg nicht zählen. Es sind nicht therapeutische sondern ganz offensichtlich wirtschaftliche Vorteile, die die Antragstellerin (AWO) dazu verleiten, diesen Antrag auf Umwidmung des Waldes in Bauland zur Errichtung eines Wirtschaftsbetriebes zu stellen. Dafür darf unser Stadtwald nicht missbraucht werden!